

Protokoll der Gemeinderatsitzung Donnerstag 23. Juli 2026

Das Bürgerhaus ist voll! Zur heutigen Sitzung des Gemeinderats der Großen Kreisstadt haben sich rund 170 Bürger:innen eingefunden, Eltern mit oder ohne ihre Kinder. Es fehlen noch Gerg, Weller, Kutteroff und Dr. Ulfert. Viel Kinderlärm. OB Friedrich klopft gegen Mikro

Es sei eine richtige Entscheidung gewesen, ins Bürgerhaus zu gehen. Herr Gerg kommt später, die anderen sind entschuldigt. Wir beginnen mit TOP 2, außerdem GO-Antrag des BFB. Einsetzung einer Haushaltskommission und Absetzung TOP 2. Dazu Fr. Klinghoffer mit der Begründung.

Das BFB will einen transparenten Prozess und ist zu einer moderaten Anpassung bereit. Anhörung und Stellungnahme des Elternbeirats zu kurzfristig, zu spät zur Verfügung gestellt. Fragen müssten nachvollziehbar beantwortet werden. Über die Anträge soll getrennt abgestimmt werden.

Dr. Schweizer zur GO, er wird zustimmen wegen Information der Eltern. Es geht nicht um Mehreinnahmen, gleiche Gebühren auf kleinere Zahl von Familien wg. Abmeldungen. Der OB unterbricht, es sei kein Antrag zur GO, erklärt das Procedere. Härtner hält Antrag des BFB für Populismus.

[Unruhe] Der OB stellt klar, dass es eine Frage der kommunalpolitischen Verantwortung ist. [Kinderlärm] Zur Wahrheit gehöre auch, dass der Zuschlag lange nicht erhöht wurde. BK liegt unter dem Niveau vergleichbarer Kommunen. BK würde sich nur den Umlandkommunen angleichen.

Weiter zur Schuldenfinanzierung des Haushalts, Kosten für Kitas. Elternbeteiligung weiter deutlich unter Landesrichtsatz von 20%, mit heutiger Erhöhung hier nur 11%. Bisher mehr als 90% über Allgemeinheit getragen. Gesamter Abmangel bisher 19M. Konnexität vom Bund nie eingehalten

Weiter zu den vielfältigen Profilen und der Qualität der Kitas in. Höchste Ansprüche an Kommunen in BaWü. Verweis auf Familien- und Kulturpass und Teilhabepakt. Kinderbetreuungskosten könnten bei der Steuer geltend gemacht werden. Dank an die Elternvertreter, Abwägung.

Verweis auf Haushaltsnotlage. Konsolidierung betrifft alle Bereiche der Stadt. Entgeltanpassung kein Einzelbeschluss, Teil des Gesamtkonzepts. Er spricht Kommentare in den sozialen Medien an. Stadt saniere sich nicht auf Kosten der Eltern. Jetzt Fr. Friedrich vom Amt.

Backnang habe in Bildung und Betreuung auf Qualität gesetzt. [Die Präsentation liegt nur aus, ich kann alle Exemplare im Publikum verteilen]. Übersicht über die Betreuung, individuelle Regelung bei besonderen Bedarfen, Tabelle mit Anpassung der Gebühren, BK noch am Günstigsten.

Kosten für einen Kitaplatz sind in den letzten Jahren bis auf über 10k gestiegen (Folie). Tabelle mit den Entgelten, kaum zu lesen. VÖ6 +143€, Krippe +88€, alles noch deutlich unter Landesrichtsatz. Vergleich der monatlichen Elternbeiträge im RMK, BK immer noch im Mittelfeld.

Mit Landesrichtsatz wäre 1 Family mit Ü3-Kind bei 208€, mit U3-Kind bei 492€. Beschlussvorschlag auf Folie. Elternbeiräte wurden angehört, Vorsitzender am 2.7., schriftlich vom GEB am 7.7.; Rückmeldungen von GEB, Kitas. Anerkennung der Belastung des Haushalts, Qualität begrüßt.

Protokoll der Gemeinderatsitzung Donnerstag 23. Juli 2026

Wunsch nach moderater und stufenweiser Erhöhung, 29,5% seien nicht sozialverträglich. Beschränkung auf 4,5% gefordert. Ankündigung zu kurzfristig, kumulierte Erhöhungen 59,7% in den letzten Jahren. Wunsch nach transparenter Offenlegung der Finanzierung, max. eine Erhöhung p.a.

Berechnungsgrundlage der Stadt, Förder- und Zuschussmöglichkeiten der wirtschaftlichen Kinder- und Jugendhilfe, Entgelte enthalten weiterhin Sozialstaffelung, Angebotsformen könnten gewechselt werden [viel Kinderlärm]. Anteil an Konsolidierung der Stadt bei 2%, Druck auf Land.

Alternative wäre die komplette Umsetzung des LRS, stufenweise Erhöhung sei aufgrund Haushaltslage nicht zu empfehlen, Mindereinnahmen dann 87k dieses und 127k nächstes Jahr.
Zu weiteren Vorschlägen des GEB wie Grundsteuer, Gewerbe- und Baugebiete.
Hr. Zipf zu Haushalt, Finanznot.

Finanzsituation der Stadt seit Jahresbeginn nochmal verschlechtert, Haushaltssperre. Immer weniger Personal muss Aufgaben erledigen. Trotzdem 1,6M Lücke im lfd. Haushalt. 2027 -10M, im Ergebnis -18M, Haushalt so nicht genehmigungsfähig. Steuergelder weggebrochen, Mittel fehlen.

Hr. Thomaier zum Abmangel der Kitas, -19M, jedes Jahr -1M. Finanzierung der Kommunen erst durch Gebühren, erst dann Steuererhöhung. Gebühren seit Jahren niedrig, daher Steigerung jetzt so hoch. SPD beantragt, dass Zuschlag bei VÖ nur 15% ab 1.1.27 beträgt. Petition eingereicht.

Hr. Hettich zur Belastung mittlerer Einkommen, man mache sich Entscheidung nicht leicht. Zu wenig Unterstützung von Bund/Land. Berlin könne beitragsfrei bleiben wg. Länderfinanzausgleich. Wichtige Entscheidungen rechtzeitig m. GEB und GR besprechen. Erhöhung auf 2 Schritte besser

(aber CDU kann zustimmen). Alle Bereiche des Haushalts müssten auf den Prüfstand.
Fr. Kress zum Konnexitätsprinzip, zitiert GemO. Gemeinde hat auf Kräfte der Beitragspflichtigen Rücksicht zu nehmen. Soziale Komponente berücksichtigt nicht alle Familien [Applaus]. Zu I-Plätzen.

SPD hält Erhöhung für notwendig, so Franke, aber eigener Antrag. Es gehe um pragmatische Entscheidung. Bei Kompromissen oft beide Seiten unzufrieden. Er liest den Antrag der SPD vor. Notwendige Einnahmen und Einsparungen auf möglichst viele Schultern verteilen. Zum BK-Modell.

Härtner erinnert an Beratung zur Erhöhung der Grundsteuer, man hätte dann Kita nicht erhöhen müssen. Man hätte so Schiefelage schon abfangen können. Leistungsträger der Gesellschaft seien die, wo täglich ihre Kinder erziehen, nicht die wo sich in Spanien oder Ungarn Haus kaufen.

(Seitenhieb auf AfD.) Dobler zur Erhöhung und zur Aussage des OB, die Gewerbesteuer nicht anzutasten (Wirtschaftsgespräche). Erhöhung frisst Verdienst auf. [Applaus] Familien könnten sich Eigentum nicht mehr leisten, verzichten auf Kinder, künftiger Schaden für Wirtschaft.

Fr. Kirschbaum war auch über Aussage des OB irritiert, Steuern gehören auf Prüfstand. Zu Ausfällen in Kitas und frühkindlicher Bildung. Sie kann 29,5% nicht mitgehen.
Vorsicht mit Schlagwörtern wie Populismus, mahnt Michelfelder in Ri. Härtner. Es gehe um Vereinen statt Spalten.

Er fordert schonungslose Inventur, in der alles "gegen den Strich gebürstet wird". Das BFB ist zwar an schnellen

Protokoll der Gemeinderatsitzung Donnerstag 23. Juli 2026

Entscheidungen, aber auch an vollständiger Informationslage interessiert. Man sehe Dilemma d. Stadt. Die Stadt seien aber wir alle. Forderung nach Haushaltskommission.

Suche nach weiteren Einsparungen, moderate Erhöhung.

Dr. Schweizer zu Wahlkampfgeschenken, die nicht bezahlt worden sind. Folgen der Anpassung ("Schock") führt zu geringerer Betreuungsquote v.a. U3, Korridorkinder früher in Schule. Einsparungen durch weniger Plätze (ca. -12 U3).

OB weist Dr. Schweizer darauf hin, dass er jetzt seine Argumente von vorhin anbringen könne.

Der CIB-Mann unterstützt den BFB-Antrag.

Man sehe heute die zivilgesellschaftliche Teilhabe, so Prof. Brunold. Zum Föderalismus, Orientierung an den Ausgaben (statt Einnahmen), Befürwortung der Kommission.

Freiwilligkeitsleistungen herunterfahren, Straßenfest verkleinern, weniger "Denkmäler" im Straßenbau. SPD habe dreimal das Gleiche gesagt. Frühkindliche Bildung stehe im Fokus, Defizite später nicht ausgleichbar. AfD erkennt Dilemma, aber "Druck nach oben" laufe ins Leere.

Alle Brandbriefe und Demos verhallten ungehört, so Dr. Balz. Zur Finanzierung des Kreises, Kreisumlage, Belastung durch KH-Gesetz, Belastung durch Massenmigration, deren Auswirkungen Eltern in den Kitas sähen. A. Bauer möchte wissen, wo man Ausgaben senken kann, unterstützt BFB.

Stellungnahme der Verwaltung. OB ist offen für Haushaltsstrukturkommission (BFB), Antrag gab es ja schon von der CDU. Erhöhung in zwei Schritten bedeute Schadenersatzpflicht ggü. freien Trägern wg. Abmangels (Hettich). In absoluter Höhe nehme Erhöhung Rücksicht auf Bürger (Kress)

Zum Antrag d. SPD u. dem Grundsteueransinnen der Grünen, Empfehlung d. Landes, GrdSt-Umstellung nicht zur Erhöhung nutzen (Grüne an Regierung!), bei großen Grundstücken wie im Plattenwald würden Menschen zum Verkauf gezwungen. GewSt-Hebesatz am zweithöchsten im RMK, Arbeitsplätze

OB ist offen für Haushaltskommission (BFB). Es sei nicht Ansinnen von BK, Menschen aus der Betreuung zu treiben (Dr. Schweizer). Weitere Stellungnahmen des OB (Prof. Brunold, Dr. Balz). Kommunales Gesamtdefizit 30GE bundesweit. Anwohnerparken wird von Setzer beantwortet (Bauer).

Fr. Friedrich zu den zus. Ausgaben wg. Qualität (SPD), außerdem Mindereinnahmen (SPD-Antrag), zu Teilschließungen und Sprachförderung (Kress), Betreuungsquote (Dr. Schweizer, "Spekulation"). Schulreife des Kindes müsse vorliegen, Kostenpflicht von Angeboten; Hr. Zipf zum Haushalt

Hr. Zipf zu Ressourceneinsparung, Personalabbau, Einnahmengenerierung durch staatl. Zuschüsse. Ertragssteigerung im freiw. Bereich, Verkauf von Baupl., Anpassung weiterer Gebühren; Je 30% durch Steuern bzw. Zuweisungen finanziert. Steuern weggebrochen, daher müsse man an Gebühren.

Steuern könne man nicht vermeiden, daher zuletzt. Setzer zum Anwohnerparken, Beschlüsse hierzu im Herbst, es gehe um Lenkungswirkung statt Verbess. der Einnahmen. Man solle nicht drauf setzen. Prozentuale Steigerung von

Protokoll der Gemeinderatsitzung Donnerstag 23. Juli 2026

30 auf 120€ werde Aufsehen erregen.

Fr. Lohrmann beantragt Sitzungsunterbrechung.

Grundsteuer betrifft nicht nur Immobilienbesitzer, sondern auch Mieter, so Dr. Balz.

Seine Überlegung sei Spekulation, so Dr. Schweizer. Man wolle doch die Betreuungsquoten beibehalten, deshalb moderate Erhöhung. Zur Schulreife.

Härtner stellt richtig zur Grundsteuerentwicklung, es habe vor allem große Grundstücke von >300 m² getroffen. Sitzungsunterbrechung für 10 Minuten. Fraktionen beraten. CDU, SPD schließen sich kurz; OB bei den Grünen, mit Lohrmann, Häußler kommt dazu. Weiter hinten Elternbeirat.

19.20 h, Unterbrechung dauert an. OB und Amtsleiter im Kreis mit den Fraktionsvorsitzenden. Mittlerweile 15 Minuten Pause, jetzt klopft der OB gg. das Mikro. Geänderter Beschlussvorschlag, Verwaltung zieht Antrag zurück. Zuschlag im VÖ-Bereich halbiert, je 16,5% jedes Jahr.

Haushaltsstrukturkommission wird eingerichtet, Kommunikation mit dem Elternbeirat wird verbessert. Der SPD-Antrag ist damit erledigt. In der Pause wurde wohl ein Kompromiss gefunden, einstimmiger Beschluss. Zu TOP 3, auch hier wird Zuschlag halbiert, auch hier Einstimmigkeit.

Jetzt TOP 1 Schulentwicklungsplanung. Herr Schlicht-Volles von biregio muss um 20.41 h auf den Zug, macht seine Präsi so schnell es geht. Demografische Aufstellung, veränderte Geburtenzahlen. Bevölkerung, Gruppe von Eltern -30%, Kinder -20%. Zahlen aus BaWü, Rückgang seit 2021.

Einzugsbereiche der Schulen, Schillerschule rel. "jung", Mörike-Pyramide recht konstant, aber wenig Kinder. In Plaisir gehen Elternzahlen zurück, Standort Taus räuml. stark. Maubach starker Rückgang von Geburten, kein Neubau (Zuzug). Neubauten v.a. bei Taus, Mörike. Jg.-Breiten.

Einschulungsentwicklung GS, Rückgang 20%. Schon für 26/27 sinken Neuanmeldungen. Plaisir tendiert langfr. zur Zweizügigkeit, Stärkung durch volle Taus möglich.

Waldrems und Sachsenweiler konstant, Rems an der 1,5-Klassen-Grenze. Langfr. Entwicklung GS-Zahlen, SBBZ, Förderbedarfe.

SBBZ Pestalozzi muss 12. Klasse bilden. Übergänge in Weiterführende. GMS um 20%, Gym über, RS unter 40%. Abnahme der Einpendler. Übergänge je 1/4 zu max Born und Max Eyth. Einpendler an RS bei 30%, bei Gym etwas mehr, an GMS praktisch keine (nur Mörike b. 8%). Zugänge RS, GMS.

Veränderung Schülerzahl von 5-13 an Taus und Max Born, Abfall auf 50 bzw. 67% der Starter. Übergänge aus GS steigen insg., Hauptlast Gym. Weiter auch viele Übergänge in berufl. System. Pendlerbilanz über die Jahre, Einbruch 25/26. GMS im Eingang 2zügig, Max Eyth mind. 4zügig.

Max Eyth auf 4z. begrenzen, langfristig reichen 7 RS-Züge. Mittelfristig Problem mit vollen 30er-Klassen. Steigende Zahlen Gym. Raumsituation, Wanderklassen in Oberstufe. Raumanforderung auf Kante (8600 m² von 8900 m²). Empfehlung zur Schulbezirksänderung Plaisir-Taus, 7 RS-Züge.

Gym sehr eng, 8 Züge müssen aber reichen. Raumnot am Campus Taus. Lösungen erforderlich, auch für Maubacher Höhe. Max Eyth auf 4 Züge begrenzen.

Hr. Dobler spricht Abbruch d. Pavillons auf Maubacher Höhe an, Sorge wegen starken Rückgangs, möchte 8. der

Protokoll der Gemeinderatsitzung Donnerstag 23. Juli 2026

Beschlussvorlage ändern.

Es spreche nichts gegen Änderung der 8., so der OB. Dr. Schwarze will flexibel bei den Bauweisen bleiben. Prof. Brunold fragt nach Korrelation der Schülerzahlen zum Wohnungsbau, sinnvolle Schulbezirke, außerdem zur Korrelation mit den ausgegebenen Mittagessen, Zuweisungen Taus.

Zwischenbeantwortung. Finanzierung der Modulbauten, Korrelation Wohnungsbau, Mittagessen, Berechnung des Landes. Fr. Wüllenweber erklärt, wie Mittagessen und Betreuungszahlen auf Raumbedarfe durchschlagen. Auslagerung v. Angeboten in andere Liegenschaften, zuerst Entscheidung GR

Ausarbeitung nur quantitativ, so Michelfelder. Er bemerkt veralteten Beschlussantrag aus (nichtöff.) Ausschusssitzung am 9.7., den habe man doch schon geändert. Wird eingefügt, so Fr. Wüllenweber, noch nicht erfolgt.
Entscheidung des Ausschusses Grundlage für GR, so Michelfelder.

Dr. Balz fragt nach Verbeamtungsquote wg. veränderter Schülerzahlen. Er prognostiziert Wirtschaftskrise und Abwanderung, wie baut man dann Kapazitäten ab. Dies sei Sache des RP bzw. Schulamts, so der OB.
Dr. Schweizer zu steigenden Einpendlerzahlen, wie geht man damit um?

Fr. Lohrmann mit Verständnisfrage zu Punkt 2., Härtner warnt vor Vermischung von Raumkapazitäten.
Beantwortung von Fr. Wüllenweber. Beratungsfrist knapp, erst nach Beschluss wird mit SL Konzept erarbeitet. Zu Dr. Schweizer, im weiterführenden Bereich keine klaren Einzugsgebiete.

Fr. Wüllenweber bittet um Prüfauftrag, um m. SL in Verhandlung zu gehen, zu 2. erläutert sie noch den Beschlussantrag. Gemeinsam m. SL soll Vorschlag zur Umsprengelung gemacht werden. Die Dezernentin zu den anderen Punkten des Beschlussvorschlags wie Schulbezirke GS, Klassengröße

Gerg kommt. Wüllenweber zu den Veränderungen d. Beschlussvorschläge wie im Ausschuss verhandelt, Punkte 1.-4., 5.-7. auf dem Screen.
Kurze Wortmeldungen, Nachfrage Dobler (fehlender Punkt), Anregung Härtner (Termin Umsetzung).
Geänderte Beschlussvorlage einstimmig verabschiedet

Bem.: Diese entsprechen nicht der Sitzungsvorlage im Ratsinformationssystem der Stadt #Backnang.

TOP 4-8 alle vorberaten, jeweils einstimmige Beschlüsse, TOP 9 Kenntnisnahme. TOP 10, Nachfrage A. Bauer zu den Schirmen der Firma Zanker, war das eine Spende? Entgeltliche Zurverfügungstellung, so EBM Setzer. Brunold bemerkt, dass Spende auch geldwerter Vorteil für Stadt sei.

Man miete die Schirme, so EBM Setzer. OB sieht kein Fehlverhalten, man musste bei Hitze schnell und pragmatisch handeln. Statement Prof. Brunold, Dr. Balz möchte konkrete Zahlen. Setzer liefert; einstimmiger Beschluss. Die folgenden TOPs sind unbesetzt; jetzt zu Anträgen.

AfD zu innerstädt. Leerständen, wird zeitnah beantwortet; AfD zu Problemen mit Kapazität der Moschee, Brandschutz, Kontrolle, Parksituation pp.; AfD zu Schmierereien, betroffene Flächen; AfD zu politischer Werbung an Schulen, auch durch Sticker o.ä., GR sollen beim Säubern helfen

CIB-Antrag Backnanger Elterngeld, laut Dr. Schweizer jetzt leider Makulatur wg. Haushaltslage. Haushaltskonsolidierungskommission soll auch die Machbarkeit des Elterngelds prüfen. Dies sei Freiwilligkeitsleistung, so der OB, und rechtlich so nicht machbar. Die CIB zieht zurück.

TOP 14 Verschiedenes, Fr. Föll verkündet Installation des Glasoberlichts am Technikforum.
Härtner fragt nach marodem Glas des Restdachs (?), wurde untersucht, Abdichtung noch gut.

Protokoll der Gemeinderatsitzung Donnerstag 23. Juli 2026

Hettich erinnert Fr. Föll noch an seine Anfrage, Antwort wird nachgereicht.
TOP 15 Bekanntgaben ./.

TOP 16 Anfragen in öffentlicher Sitzung

Fr. Klinghoffer zu den Sonnenschirmen, Miete 300 €/St., laut Homepage sollen diese gespendet worden sein. Der OB gesteht einen Kommunikationsfehler der Stadt (Presseabteilung) ein. Das Sonnensegel sei gespendet, die Schirme gemietet.

Michelfelder fragt nach Sachstand Umbau Rathäusle Steinbach, man sei im Zeitplan und Budget, bis Ende des Jahres fertig, so Fr. Föll. Bemusterungstermin folgt.

Der öffentliche Teil endet um 20.59 h (der nichtöffentliche Teil dann auch schon um 21.11 h).